

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und wirtschaftspolitischen
Sprechers**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 30

Abschließende Beratung

**Bürokratieabbau für das Baugewerbe - Schluss mit
Regulierungswut und Normenflut**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/10428

während der Plenarsitzung vom 10.09.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Kollege Frölich, unter der Überschrift „Bürokratieabbau für das Baugewerbe“ können auch wir uns versammeln. Ich glaube, da gibt es viele Schnittmengen mit der CDU.

Allerdings werden wir uns nicht gemütlich zurück-lehnen, wie Sie gerade unterstellt haben, sondern wir arbeiten mit den Novellen der Niedersächsischen Bauordnung daran. Auf Bundesebene wird mit dem sogenannten Bauturbo daran gearbeitet.

Es ist wichtig, dass das auch vor Ort spürbar wird, dass das mit Leben gefüllt wird. Denn eines ist klar: Gerade in den städtischen Bereichen in Niedersachsen, aber nicht nur da, ist die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum eine der ganz großen sozialen Fragen dieser Zeit.

Die Art und Weise, wie das Baugewerbe aktuell da-steht, und welcher Baufortschritt zu beobachten ist, können uns nicht zufriedenstellen. Deswegen arbeiten wir gerade daran.

Es ist klar, dass Bauunternehmen, Handwerk und Wohnungswirtschaft verlässliche Bedingungen brauchen. Es ist auch klar, dass Baukosten gesenkt werden müssen, dass unnötige Anforderungen gestrichen und Verfahren beschleunigt werden müssen. Denn eines muss man ganz klar feststellen: Wer bauen will, braucht praktikable Regelungen, braucht schnelle Entscheidungen, braucht Planungssicherheit. Daran muss sich unser Handeln messen lassen, und daran muss sich auch dieser Antrag messen lassen. Aber in der Hinsicht ist der Antrag viel zu dünn, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen bringt er uns auf diesem Weg nicht weiter.

Die AfD verengt die Debatte nämlich auf den Klimaschutz. Da hat es die AfD immer ein bisschen leichter als die anderen Fraktionen hier im Saal. Denn für die AfD gibt es keinen menschengemachten Klimawandel. Wer 99 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich der Klimaforschung ignoriert und solche Phänomene wie einen Sommer mit Dürre und Hitze, wie wir ihn jetzt zunehmend haben, als „Wetter“ bezeichnet, „das es auch früher schon gab“, und damit auch Erhebungen ignoriert, der macht keine faktenbasierte Politik - und hat es dann ein bisschen leichter.

Wir sind aber im Gegensatz zu Ihnen von der AfD verantwortungsbewusst und ignorieren das eben nicht. Deswegen muss der Klimaschutz beim Bauen mitgedacht werden. Sie fordern in Ihrem Antrag zum Beispiel, die EU-Gebäuderichtlinie abzuschaffen und das Ganze wieder auf die Zeit vor 2014 zurückzusetzen. Und Sie wollen, dass in Niedersachsen alle Klimaziele aufgegeben werden. Das ist ja auch schon im vorherigen Tagesordnungspunkt deutlich geworden.

Sie machen aus der berechtigten Frage nach günstigem Bauen also einen Generalangriff auf den Klimaschutz. Es ist ja wohl völlig klar, dass wir den nicht mitmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für eine wirksame Antwort auf die Baukrise müssen die Finanzierung, die Materialkosten und die Wirtschaftlichkeit der Projekte berücksichtigt werden. Diese Faktoren sind allesamt in Ihrem Antrag nicht enthalten.

Es ist auch klar, dass eine vereinfachte Bauordnung - daran arbeiten wir nach wie vor; dazu wurden Novellen bereits beschlossen, und weitere werden noch beschlossen - allein noch keine Wohnung baut. Entscheidend ist, dass ihre Spielräume genutzt werden. Wo die Anwendung hakt, wissen wir, und da müssen wir nachsteuern.

Ich habe schon gestern an dieser Stelle gesagt: Bei der Genehmigungsfiktion haben wir es eben auch mit dem gesellschaftlichen Thema zu tun, wirklich davon abzukommen, dass man meint, immer Belege von einem Amt zu brauchen, um mit der Bautätigkeit zu beginnen. Ich glaube, wir müssen umdenken, wir müssen praktischer werden, wir müssen schneller werden und einfach auch pragmatisch agieren wollen.

Niedersachsen hat die Voraussetzungen dafür durch die Reform der Bauordnung geschaffen. Damit wurden auch die Voraussetzungen geschaffen, dass vorhandene Gebäude besser genutzt, dass Dachgeschosse ausgebaut und umgebaut werden können und dass zusätzlicher Wohnraum durch Umnutzung geschaffen werden kann.

Es gibt auch konkrete Beispiele wie von hanova, der Wohnungsbaugesellschaft hier in Hannover. Sie nutzt mittlerweile die Möglichkeiten von § 85 a NBauO für Dachgeschossausbauten und ist da ganz gut unterwegs. Es bestehen Abweichungsmöglichkeiten nach § 66 NBauO. Der vereinfachte Stahlbauleitfaden EasyCode wird nach Auskunft des Ministeriums gerade vorbereitet.

Es geht also auch um Maßnahmen, die teilweise in diesem Antrag stehen, die allerdings längst auf den Weg gebracht wurden und in die Praxis umgesetzt werden.

Zum Aspekt der Digitalisierung: Auch da fällt der Antrag hinter das zurück, was längst schon auf dem Weg ist. Digitale Anträge sind nach Auskunft des Ministeriums bereits flächendeckend möglich. Es geht darum, jetzt für die durchgängig digitale Bearbeitung zu sorgen und unnötige Rückfragen zu vermeiden. Es geht um die Unterstützung durch KI. Auch da ist man auf dem Weg. Ich glaube, sie bietet große Chancen bei der Genehmigung von Bauanträgen.

Es geht darum, Bauämter, die diese Möglichkeiten nutzen und für Geschwindigkeit sorgen, dafür zu belohnen. Ein Bauamt mit schwierigen Großprojekten darf aber

nicht schlechter gestellt werden als eines, das überwiegend einfache Vorhaben bearbeitet. Auch da braucht es einen Ausgleich, was die Projektkomplexität und die Vollständigkeit der Anträge angeht.

Rechtssicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen - ich hatte es eben schon erwähnt - ist eine Voraussetzung für schnellere Verfahren. Da braucht es eben auch Klarheit, was die bundesrechtlichen Beteiligungsmöglichkeiten angeht. Frühe Beteiligung ist das Stichwort.

Klar ist: Ein rechtliches Problem verschwindet nicht dadurch, dass man diejenigen aus dem Verfahren drängt, die darauf hinweisen. Auch da müssen wir weiter vorankommen.

Bezahlbarkeit bei den laufenden Wohnkosten: Eigentümer und Mieter müssen neben der Investition auch die laufenden Kosten tragen können. Auch das ist ein wichtiger Aspekt, der im Antrag überhaupt nicht berücksichtigt wird. Es geht darum, dass Anforderungen wirtschaftlich sinnvoll und praktikabel ausgestaltet sein müssen. Wer also bezahlbares Wohnen verspricht, muss Baukosten und laufende Kosten zusammen betrachten. Auch das tut der Antrag in dieser Länge nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Antrag also ablehnen. Er bringt uns beim wichtigen Vorhaben Bürokratieabbau im Baugewerbe keinen Deut voran. Er verengt sich auf den Klimaschutz und ist damit aus unserer Sicht rein ideologisch geprägt. Und er greift Themen auf, die längst schon in Bearbeitung sind. Von daher ist dieser Antrag abzulehnen.

Wir gehen weiter den Weg, dass Bauen einfacher wird, dass Bauen schneller wird, dass die Genehmigungsverfahren schneller werden und dass wir weiterhin bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten in Niedersachsen.

Vielen Dank.